

Noch «viel Luft nach oben» bei DpL-Unterschriftensammlung

Zwischenbilanz Die Volksinitiative der DpL zur Abschaffung der Krankenkassenfranchise für Senioren hat Fahrt aufgenommen. 1000 Unterschriften sind bis zum 29. April nötig.

VON HANNES MATT

Um die Rentner finanziell zu entlasten, schlagen die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) vor, diese von der Franchise der Krankenkasse zu befreien. Da deren parlamentarische Initiative im Herbst im Landtag nicht erfolgreich war und mit lediglich 10 Ja-Stimmen abgelehnt wurde, wendet sich die Oppositionspartei mit ihrem Vorstoss direkt ans Volk. 1000 Stimmberechtigte müssen die DpL bis zum 29. April von ihrem Anliegen überzeugen. Gelingt dies, kommt die Initiative nochmals ins Hohe Haus, wo sich die Abgeordneten dann auch inhaltlich mit dem Vorschlag ausein-



Die DpL-Abgeordneten Herbert Elkuch (links) und Thomas Rehak. (Archivfoto: MZ)

andersetzen. Lehnt der Landtag die Initiative ab, muss die Regierung eine Volksabstimmung ansetzen.

Erste Bögen eingetroffen

«Die Unterschriftensammlung hat mit dem Versand der Bögen am letzten Dienstag Fahrt aufgenommen»,

gibt der Abgeordnete und DpL-Präsident Thomas Rehak dem «Volksblatt» auf Anfrage eine erste Zwischenbilanz. Der ersten Bögen seien bereits eingetroffen. Eine konkrete Zahl über die bereits gesammelten Unterschriften konnte Thomas Rehak noch nicht nennen. «Es hat aber noch viel

Luft nach oben», so der DpL-Präsident. «Wir bitten darum, die Bögen zeitnah zu retournieren und danken für die Unterstützung.»

Die Initiative ist eine Reaktion auf den Rentenstillstand seit 2011, wie die DpL argumentiert. Damit würden zwar die Renten nicht erhöht, aber die Lebenshaltungskosten für Pensionisten gesenkt. Zudem sei es sinnvoller, kleine Schritte zu gehen, als gleich das ganze Problem beheben zu wollen. Kritiker des Vorstosses bemängeln insbesondere das «Giesskannenprinzip». Die Regierung gab auch zu bedenken, dass Versicherte im Rentenalter aufgrund der tendenziell höheren Gesundheitskosten im Alter heute schon gegenüber Jüngeren begünstigt seien. Diese Entlastung, die jährlich knapp vier Millionen Franken ausmacht, werde von der Allgemeinheit der Prämienzahler subventioniert. Zudem gelten die Vergünstigungen für alle Rentner, unabhängig von ihrer Einkommens- und Vermögenssituation. Einkommensschwache Rentner könnten zur Entlastung eine Prämienverbilligung beantragen.